

Kottilochboite-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 2000,— Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Heinrich Hahnenschmid, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Vertrieb Joh. von Aden, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Wer zu schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter. Wer aber fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich. Stehe darum immer fest zu deinen Grundsätzen!

Für eine zielbewusste und praktische Gewerkschaftsarbeit!

Gegen den Radikalismus der Phrase!

Ein überaus gefährlicher Feind der Arbeiterschaft ist der Radikalismus. Er kommt der Arbeiterschaft mit der Maske des besten Freundes entgegen. Die Ganzradikalen sprechen nur so zur Arbeiterschaft, wie es ein Teil von ihr immer gerne hört. Die Redensarten der Kommunisten, Universalien und Syndikatien sind weder nichts als Schaumschlägereien. Der Arbeiterschaft werden durch die Ganzradikalen Ziele und Aufgaben gewiesen, die weit über das Maß ihrer Kraft hinausgehen. Mit den Verhältnissen, wie sie nun einmal tatsächlich vorliegen, wird von diesen Situationisten nicht gerechnet. Sie leben nur immer davon, wie es sein möchte, und wie sie es gerne haben möchten. Sie predigen ihren Radikalismus in der Phrase, obwohl sie meistens sehr wohl wissen, daß sich ihre Phrasen nicht in die Tat umsetzen lassen.

Zugegeben ist, daß es eine große Anzahl Leute im Lager der Unentwegten gibt, die es wirklich ehrlich meinen. Viel größer noch wird aber die Zahl derjenigen sein, die das gedankenlos nachplappern, was sie von gerissenen und gewissenlosen Führern einmal gehört oder in Propagandaschriften der Kommunisten gelesen haben. Von einer tieferen Kenntnis der großen Volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge ist bei diesen Nachbettern keine Spur zu entdecken. Die Zusammenhänge in Wirtschaft und Politik sind ihnen zumeist völlig unbekannt. Mit dieser Art von Weltverbesserern sollte der durchgeschulte und wohlunterrichtete Gewerkschaftler nicht nur ein aufrichtiges Mitleid empfinden. Er sollte auch den Versuch machen, diesen irrgeschickten Menschen das grundsätzliche Verkehrte und Arbeitserädliche ihres Handelns klarzumachen.

Der Radikalismus der Phrase ist der Arbeiterschaft schon in unzähligen Fällen zum Verhängnis und zum größten Schaden geworden. Heißsporne im Lager der Arbeiterschaft haben schon ungäliches Elend über zahlreiche Arbeitersfamilien gebracht. Durch radikale Phrasen wird die Arbeiterschaft nur aufgepeitscht zu Unternehmen, die über das Maß ihrer Kräfte hinausgehen. Unter ihrem Druck muß sie schließlich zusammenbrechen. Die Arbeiterbewegung ist dadurch oft auf Jahre hinzu in ihrer Entwicklung gehemmt und zurückgeworfen worden. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist leider viel zu reich an trüben Abschritten der gedachten Art. Unermeßlicher materieller und moralischer Schaden ist der Arbeiterschaft durch Unbesonnenheiten blinder Drausänger zugefügt worden.

Von der Arbeiterschaft wird leider noch viel zu wenig erkannt, daß die radikalen Worthyarden in den weitaus meisten Fällen nur politische Ziele mit ihrer Massenradikalisierung erstreben. Sie kommen auch fast immer auf ihre Rechnung, weil eben die Not, die durch Putsch und wilde Streiks in die Arbeiterschaft hineingeprägt wird, der beste Nährboden der Unzufriedenheit ist. Die politische Agitation dieser Geschäftsmacher wird dadurch nur begünstigt. Die Feinde der Arbeiterbewegung bekommen in solchen Fällen zumeist Obermassen und versuchen dann nicht selten, Freiheiten und sozialpolitische Errungenschaften der Arbeiter unwirksam zu machen. Von den gewissenlosen Führern werden über diese Vorgänge dann wiederum dazu benutzt, die Arbeitermasse noch weiter zu radikalisieren und zu revolutionieren. Somit wird also in allen Fällen der politischen Zielen der Radikalismus gedient. Der Arbeiterschaft wird aber ebensoviel ein unberechenbarer Schaden zugefügt. Ueberradikale und unverantwortliche Führer verurteilen durch ihr gewissenloses Vorgehen auf der einen Seite die Arbeiter zur Ohnmacht und liefern sie auf der anderen Seite sogar dem Kapitalismus in die Hände.

Der denkende Gewerkschaftler setzt dem Vorgehen dieser Elemente als Abjektion entgegen: Wir wollen praktische Ar-

Vom „Paradies auf Erden“. Segnungen“ des kommunistischen Zeitalters.

„Wenn wir einmal die Herren sind . . .“, „Wenn wir einmal die Macht besitzen . . .“, „Wenn der Kommunismus einmal zur Herrschaft gelangt ist . . .“, „Wenn einmal das Privateigentum an Produktionsmitteln sozialisiert ist, wenn einmal das Eigentum der Einzelnen in den Besitz der Gesellschaft übergegangen ist, dann wird der Arbeiter den Himmel auf Erden haben . . .!“

Mit diesem von den Radikalen so häufig gebrauchten Schlagwort werden den Arbeitern die unglaublichesten Versprechungen gemacht. Wie sieht es aber in Wirklichkeit dort aus, wo die Kommunisten die „Herren“ bereits geworden sind? In Rußland wurde durch die Kommunisten die Probe aufs Exempel gemacht. Dort wird nunmehr schon über fünf Jahre hindurch nach streng kommunistischen Regeln und Rezepten regiert. Der Bannenträger des russischen Kommunismus, Lenin, mußte schon 1921 in der Nr. 49 der „Roten Fahne“ eingestehen, daß die bisherige Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung eine Kette von Fehlern, Irrtümern und Mißgriffen gewesen sei. Wörtlich schreibt er:

„Unsere letzte und wichtigste, schwerste, am meisten zurückgeliebene Aufgabe ist der wirtschaftliche Wiederaufbau, das ökonomische Fundament für das neue sozialistische Gebäude an Stelle des zerstörten feudalen und halb zerstörten kapitalistischen. Bei dieser wichtigsten und schwersten Arbeit haben wir am meisten Misserfolge gehabt, am meisten Fehler gemacht.“

Wie aber die gemachten Fehler wieder gutmachen? Und da weiß Lenin keinen anderen Weg, als bei den Meistern des Kapitalismus wieder in die Lehre zu gehen.

„Nicht unmittelbar durch die Begeisterung, sondern mit Hilfe des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, mit Hilfe der wirtschaftlichen Berechnung kann zuerst eine feste Brücke, die im Lande der Kleinbauern über dem Staatskapitalismus zum Sozialismus führt. Anders können ihr nicht Millionen und Abermillionen Menschen zum Kommunismus führen. So sprach zu uns das Leben. Dieses sagte uns der objektive Entwicklungsprozeß der Revolution.“

So unterweist Lenin seine Anhänger. Der proletarische Staat müsse zum „Großhändler“, zum „Besitzer“ werden. Dieser „ökonomische Typus“ sei zwar vom Kommunismus ebenso weit entfernt, wie der Himmel von der Erde. Aber das sei nun einmal einer jener Widersprüche, die im Leben von dem Wirtschaftsbetrieb der Kleinbauern über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen und durch die Bolschewisten in ihrem Lehrkursus hindurch müssen, wenn dieser sich auch schwerer und bitterer gestalte, als es wünschenswert sei.

Auch noch andere Führer der Kommunisten in Rußland sprechen mit einer Seltenheit über den Rückgang der kommunistischen Wirtschaft. Männer gleich Radow und Krassin geben unmöglich zu, daß das Prinzip des Kollektivismus, der Vergesellschaftung allen Besitzes vollkommen abgemirscht hat. „Wir müssen“, sagt Krassin, „alle Funktionen von Fabrikbetrieben aufzulösen.“ Ein Mann wie Trotski fordert den 10—12 Stunden Arbeitstag. Er geht sogar noch weiter, er fordert den Arbeitszwang und hat ihn neu eingeführt. Man nennt das in Rußland „Militarisierung der Industrie“.

Schon 1919 gestand Lenin die völlige Zerrüttung jeglichen Wirtschaftslebens in Rußland ein und bekannte sich zu der Notwendigkeit einschneidender ökonomischer Maßnahmen. In seiner Schrift über: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, fordert er u. a. 1. Wiederein-

führung der Akkordarbeit, 2. Aufstellung von Spezialisten für den Arbeitsprozeß, einerlei ob Inländer oder Ausländer und 3. Einführung des Taylorsystems. Rußland ist heute wirtschaftlich dem Scheitern gleich. Ein Land mit Millionen Ausführ in der Kriegszeit hat jetzt keine Waren zu liefern. Hat keine Rohproduktion zu vergeben. Hat keine Lebensmittel abzuliefern. Und warum? Weil der Bauer die Errungenschaften der Wirtschaft nicht hergibt. Der Händler unterschlägt das agrarische Gut. Der staatlich bestellte Organisator verwendet es zu Besteckungszwecken. Mengen an Lebensmitteln verfaulen, verderben. In Moskau und Petersburg aber stirbt das Proletariat vor Hunger. Der Bauer haftet die Städter, die ihn mit Sorgen und Morden überzogen; die seine religiösen Sitten und Bräuche gewaltsam abschaffen und die die Diener ihrer Kirche mißhandeln und ermordeten.

Die Industrie arbeitet nach Rykov mit einem Produktionsrückgang von 70 %. Man hat den „kapitalistischen Aussoufern“ den Atem gründlich genommen. So gründlich, daß nach Trotski 60 % aller namhaften arbeitenden Werke keine oder nur Lohnzahlungen zahlten, wie sie Rußland um 1860 kannte, also noch zur Zeit der Leibeigenschaft.

Loban, der ein statistisch belegtes ergreifendes Bild der Lage der russischen Industrie gibt, schreibt: „In ganz Rußland erlischt die Industrie, und die Motive sind überall die gleichen.“ Mit diesen Motiven meint er: Mangel an Material jeder Art, Versiegeln der notwendigsten industriellen Bedarfssatzikel, Aufhören allen Nachschubes an Arbeitsmaterial und absolute Stockung des Verkehrs. Das muß natürlich auch seine Rückwirkung haben auf den Geldumslauf und die Preisentwicklung.

Einer Denkschrift des Moskauer Instituts für Konjunkturforschung entnehmen wir folgende interessante Angaben:

Der Geldumslauf in Rußland hat im Dezember 1922 186 147 000 000 000 (100 Quadrilliarden) Rubel betragen. Daß es zu einer derartigen Ziffer kommen mußte, ist natürlich, da ja die steigende Geldmenge auch die Preise steigert, und so muß in jedem weiteren Monat zur Deckung der Staatsbedürfnisse eine immer größere Summe Geld gedruckt werden (geometrische Progression), solange keine anderen bedeutenden Staateinkommenquellen vorhanden sind. So belief sich das im Dezember 1922 auf 55 Quadrilliarden, während es im Dezember 1921 nur 769 Trillionen, im Dezember 1920 nur 17 Trillionen betrug.

Ein wichtiges Zeichen für die finanzielle Lage des Staates sind aber nicht diese absoluten Ziffern, sondern das sogenannte „Tempo der Geldentwertung“, das heißt das prozentuale Verhältnis zwischen Zumache und der am Monatsbeginn vorhandenen Geldmenge; dieses Verhältnis schwankte im Jahre 1920 zwischen 11 und 16 % und erreichte Ende 1921 56%; seitdem beginnt aber die Verlangsamung der Geldvermehrung, und in dem zweiten Halbjahr 1922 hat die monatliche Geldvermehrung 26 bis 38% des jeweiligen Geldbestandes betragen. Diese Verlangsamung der Inflation erklärt sich aus der Wiederbelebung des Steuerapparates, die „mit der neuen Wirtschaftspolitik“ Platz gegriffen hat: Der Steuerertrag des Staates ist in den ersten zehn Monaten des Jahres 1922 von 0,5 auf 27 Millionen Goldrubel gestiegen. Was an sich immer noch nicht viel ist, innerhin aber eine rasche Steigerung bedeutet.

Was die Preise anbetrifft, so zeigt der Moskauer Index für die zweite Januarwoche 1922 (drei bis

beide liefern, wie wollen in zielbewußter Taktik vorgehen. Die Forderungen zur Besserstellung der Arbeiterschaft müssen so gestellt werden, daß sie mit der gegenwärtigen Stärke der Arbeiterbewegung und mit unseren jeglichen Mitteln durchgesetzt werden können. Wir müssen uns nach den gegebenen Verhältnissen richten und nicht unsere Bewegungen durchführen unter Voraussetzungen, wie sie vielleicht in Jahrzehnten einmal sein werden, aber heute noch nicht zutreffen. Wir wollen bei dem Bau der zukünftigen Lage des Arbeiterstandes nicht auf schwachem Fundament und Mauerwerk gleich einen überschweren Dachstuhl aufziehen, unter dem das Gebäude zusammenbrechen muß. Wir wollen vielmehr ein ganz festes Fundament und ein solides Mauerwerk errichten, Stück für Stein und Baustein für Baustein. Wir wollen aufbauen auf der be-

stehenden Grundlage der sozialen Errungenschaften und neue dazu ertingen. Manchen Erfolgen wird das möglicherweise genug geben. Unser Weg ist aber um so sicherer.

In dieser zielbewußten und praktischen Arbeit sind in den vergangenen Jahrzehnten trotz der Fleißgültigkeit großer Arbeitermassen und trotz der schädlichen Wühlarbeit politischer Drauzieher schon ganz bedeutende Fortschritte für die Arbeiter durch den starken Druck aller Zentralgewerkschaften erzielt worden. Bekennen sich immer mehr Kreise der Arbeiterschaft zu dieser politiven Kluazet, so wird's mit dem Aufstieg der Arbeiterschaft und schneller vorwärtsziehen. Nicht Radikalismus der Phrase, sondern nur zielbewußte und praktische Gewerkschaftsarbeit! Das mag meine Erfahrung sein.

Jahres 1912 galt: 1) die geringste Steigerung für Getreide und Getreide; um das 11% bzw. 15,5 millionenfache der Friedenszeit; die größte Steigerung weisen die Kolonialwaren (Zucker, Kaffee usw.) auf; das 57 millionenfache und die Bekleidung (mit Schuhwaren) das 40-millionenfache.

Der Durchschnittsindex für alle Warengruppen stellt sich auf 25 Millionen. Das Tempo der Teuerung von Woche zu Woche (wochentlicher Teuerungsindex), das im Sommer etwas langsam wurde, stellte sich seit September auf etwa 10%.

Somit mußte es in Russland kommen. Die fünf Jahre Kommunistenwirtschaft in Russland haben gezeigt, daß der kommunistische Idealstaat noch in sehr weiter Ferne liegt. Mit einer ungeschulten und von der Machtphrasé trunkenen Masse wollten Lenin und Trotzky das neue Zeitalter herausholen. Korruption und Schmierunwesen blühten aber genau und noch schlimmer als unter dem zaristischen Regime. Der Kommunistenversuch in Russland beweist überzeugend, daß das irdische Glück der Menschheit nicht durch eins besondere Wirtschaftsform bedingt ist. Was kann der Menschheit eine Erneuerung des Wirtschafts- und Staatslebens praktisch nützen, wenn nicht damit gleichmäßig einhergeht eine wirklich soziale Gesinnung eines jeden Einzelnen?

Unsere Bewegung bekannte sich rückhaltlos zum Volksgemeinschaftsgedanken. Wir streben in unseren christlichen Berufsgesellschaften ein friedliches Zusammenwirken aller Stände der Gesellschaft zum allgemeinen Wohle. Nur daraus allein könnten Friede, Lebensfreude und wahres Glück erblühen. Für uns ist die menschliche Gesellschaft ein organischer Körper. Dieser Körper kann aber nur dann gesund sein, wenn jedes seiner Organe gesund und kräftig ist. Die Stände des Gewerbeaufsturzkörpers sind die verschiedenen Stände. Alle sollen getreulich und ehrlich ihre Pflichten erfüllen, jeder soll seine Rechte gesichert sehen, alle sollen wie in einer gutgeordneten Familie sich gegenseitig achten, lieben, schwärzen und das ih ge zum gemeinsamen Wohle beitragen. Zu dieser Erneuerung der Welt besteht nur das Christentum die Grundlage, die Mittel und auch die Macht. Es verheißt zwar nicht seinen Anhängern ein Paradies auf Erden, aber Gleichheit in den Rechten und Pflichten. Und damit ist legtes Endes dem Arbeiter viel mehr gedielt, als mit einer kommunistisch-herrschaftlichen Lehre, die wohl zerstören, aber nicht anstreben kann.

Bekommen wir nun den wertbeständigen Lohn?

Erwartungsvoll werden sich viele Mitglieder diese Frage in der letzten Zeit wiederholt vorgelegt haben. Das Problem der wertbeständigen Löhne kann aber nur möglich im Handelskreis gelöst werden. Es ist überaus schwierig und schwankt. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Von den Vertretern der Arbeitgeber wurden die größten Bedenken geäußert. Eine Stabilisierung der Löhne sei für sich allein nicht durchzuführen. Wenn z. B. in der Kohlenindustrie stabile Löhne in der Form vereinbart würden, so könnten dann mit Wochen bestimmte Grundlinien festgelegt werden, die für jede Woche mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren seien, dann könnte die Kohlenindustrie diese Belastung nur tragen, wenn sie gleichfalls ihre Preise auf einen solchen Entwertungsfaktor einstelle.

Eine Lohnstabilisierung würde die zwangsweise Umstellung der gesamten Wirtschaft auf eine Goldgrundlage zur Voraussetzung haben. Das würde über eine Arbeitslosigkeit im größeren Umfang zur Folge haben und eine

weitere Abnahme der Kaufkraft des Papiergebotes. Aus Gründen der allgemeinen Politik sei aber ein Entgegenkommen an die Arbeitnehmer unabdingt notwendig. Als Hoffnungsmaßnahme könnte das Prinzip vierwochentlicher Tarifperioden, innerhalb deren der Lohn mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren sei, für eine kurze Versuchsperiode von ein bis zwei Monaten durchgeführt werden. Die in den Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft zu Tage getretenen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften berührten im wesentlichen die Frage. Die Gewerkschaften erstrebten die Aufwertung der Löhne nach einem verbesserten Lebenshaltungsindex. Dem glauben aber die Arbeitgeber nicht zustimmen zu können. Sie halten vielmehr eine 80%ige Unrechnung des Goldankaufspreises bei kurzfristigen Lohnfeststellungen für mehr im Interesse der Wirtschaft liegend. Der Goldankaufspreis ist aber von anderen Bedingungen abhängig wie die Lebenshaltungskosten. Darum konnten die Gewerkschaftsvertreter auf diesen Vorschlag nicht eingehen. Die Arbeitgeber sind aber zu weiteren Verhandlungen bereit und darum ist zu erwarten, daß die Beratungen im Reichsarbeitsministerium die Grundlagen schaffen werden zu einer Vereinbarung in dieser für die Arbeitnehmer so brennend gewordenen Frage.

Es kann sich fürs erste nicht darum handeln, ein Verfahren ausfindig zu machen, das nun jedweder wissenschaftlichen Kritik standhält. Vorauß es in der Hauptsache und gerade im Augenblick ankommt, ist, daß so schnell wie möglich entweder durch die Zentralarbeitsgemeinschaft oder von Seiten der Regierung etwas zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes unternommen wird. Jeder Tag ist nicht nur ein Verlust an Zeit, sondern steigert das Elend weiterer Arbeitnehmerkreise um Magazin. Aus diesem Grunde muß dringend gefordert werden, daß die maßgeblichen Instanzen die theoretischen Erörterungen einstellen und endlich zur praktischen Tat schreiten.

Im deutschen Bekleidungsgewerbe ist es bereits zu einer Vereinbarung hinsichtlich der raschen Anpassung der Löhne an die Teuerungsverhältnisse gekommen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des deutschen Bekleidungsgewerbes haben am 24. Juni in Eisenach eine Vereinbarung getroffen, monatlich zunächst für die Zeit vom 1.—28. Juni 1923 eine Festlegung der Lohnhöhe auf der Grundlage des Eisenacher Lohnabkommens erfolgt ist unter Anwendung der durch die wöchentlichen statistischen Erhebungen ausgewiesenen Befestigungen prozentuale Durchschnittssteigerung der 23 Städte wird auf die Gruppenlöhne der Normoche ausgelegt, und zwar getrennt für das besetzte und unbesetzte Gebiet.

Diese Vereinbarung im Bekleidungsgewerbe ist ein Beweis dafür, daß da, wo auch auf Seiten der Arbeitgeber der gute Willen vorhanden ist, sehr wohl ein Weg zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitgelöhnens gefunden werden kann.

Auch in der Textilindustrie muß es zu einer Verwirklichung des Problems baldmöglichst kommen. Die Vertreter unseres Verbandes in allen Tarifinstanzen haben nachdrücklich darauf hingumirken, daß das neue System auch in unserer Industrie ohne Verzögerung durchgeführt wird. Das System des wertbeständigen Lohnes wird die Führer und Mitglieder von der ungemein zeit- und kostenaufwändigen Tarifarbeit be-

freien, die heute ausschließlich geleistet werden muß. Es wird aber auch — und das muß schließlich der ausstehende Grund für seine Anwendung sein — für die Arbeitnehmer insofern eine Erleichterung schaffen, als diese wenigen für eine Verbrauchsperiode mit der Wertbeständigkeit des Lohnes rechnen können. Die Verhältnisse zwingen zu einem schnellen Handeln. Darum Schlüß mit allen theoretischen Überlegungen! Die Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaft in den Lohn- und Verhandlungskommissionen sollten nicht eher ruhen, als bis auch in unserer Industrie mit der Methode des wertbeständigen Lohnes ein ernsthafter Versuch gemacht worden ist.

Die Unfallverhütungsvorschriften.

Die im Deutschen Reich bestehenden gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind nach § 848 der Reichsversicherungsordnung verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen über:

1. Die Errichtung und Anordnungen, welche die Mitglieder zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffen haben.
2. Das Verhalten, das die Versicherten zur Verhütung von Unfällen in den Betrieben zu beobachten haben.

Im den Unfallverhütungsvorschriften ist zu bestimmen, wie sie den Versicherten bekannt zu geben sind.

Der Erfolg derartiger Unfallverhütungsvorschriften ist nun durchaus keine einfache Sache. Abgesehen von einem langen Instanzgang, sind große Vorarbeiten nötig, um einen Entwurf festzustellen. Nachdem in langer Vorbereitung unter Benutzung aller technischen Neuerheiten usw. ein gut durchdachter Entwurf vorliegt, muß er von der Genossenschaftsversammlung angenommen werden. Auch die Arbeiterversetze müssen gehört werden; es ist ihnen Gelegenheit, die Einprägung zu geben. Zur endgültigen Genehmigung sind sie hinzuzuziehen. Der genehmigte Wortlaut wird dann dem Reichsversicherungsamt in Berlin eingereicht, das seinerseits den höheren Verwaltungsbehörden davon Kenntnis geben muß. Nachdem etwaige Einwände dieser Stellen beseitigt sind, wird der Entwurf im Reichsversicherungsamt auf Grund des § 844 der Reichsversicherungsordnung von dem Beschlusssenat (§ 100 Reichsversicherungsordnung) genehmigt. Der Beschlusssenat besteht aus einem Senatspräsidenten, einem nichtständigen, einem ständigen Mitglied des Reichsversicherungsamtes, einem Arbeitgeber und einem Versicherten.

Leider wurde während des Krieges der Wert der Unfallverhütungsvorschriften von Unternehmern sowohl als auch von der Arbeiterschaft nicht immer nach Gehör geschätzt; es war auch infolge der besonderen Verhältnisse nicht in allen Fällen möglich, auf genaue Innehaltung der Vorschriften zu dringen.

Auch in der Nachkriegszeit mit ihren nur zu bekannten Ereignissen wurde die Unfallverhütung oft in den Hintergrund gedrängt.

Nach Eintreten geordneter Verhältnisse muss aber jetzt der größte Wert auf peinliche Innehaltung der verschiedenen Unfallverhütungsvorschriften gelegt werden.

Die Berufsgenossenschaften, die auf Grund des § 814 der Reichsversicherungsordnung für Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen haben, drängen auf genaue Beachtung der Vorschriften und bestrafen Verstöße scharf.

Es wird in Unternehmern vielfach noch nicht beachtet, daß Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften mit Geldstrafen bis zu 1000 M. bestraft werden können (§ 857 R. B. O.). Die Zuwiderhandlung kann mit Strafen bis zu 6 M. belegt werden (§ 851 und § 79 R. B. O.). Durch das Gesetz vom 24. Juni 1922 sind diese Straffüsse auf das Doppelte erhöht worden.

Der Unternehmer kann nach § 913 der Reichsversicherungsordnung die ihm durch die Unfallverhütungsvorschriften auferlegten Pflichten geeigneten Betriebsleiter, Aufsichtspersonen oder anderen Angestellten seines Betriebes übertragen. Darüber ist aber eine von beiden Seiten zu unterzeichnende Erklärung festzulegen, die auf Verlangen jederzeit vorgelegt werden muß.

heiter in die maßgebenden Stellen zu bringen, vom Reichstag angefangen, bis hinunter zu den einzelnen Kommissionen in den Gemeinden, um dort überall die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten und sie für sie einzufügen.

Wie der Arbeiter rechtlich und sozial dasteht, wirkt auf die Stellung der Familie, auf die Zukunftsgestaltung der Kinder. Und wenn die Söhne und Töchter nachher mit dem Vater zur Arbeit gehen, werden sie die Erfüllung der Gewerkschaftsarbeit des Vaters ernten, wie unsere heutige Arbeiterschaft auf der Gewerkschaftsarbeit der vorhergegangenen Jahrzehnte aufbaut.

Hans Eichelbach, einer unserer rheinischen Dichter, sagt einmal, wie er selbst immer im Schatten gelebt, aber doch aufwärts gestrebt hat, damit seine Kinder es besser hätten. Wenn ein Stein ihn zu Fall gebracht, habe er ihn mühsam beiseite geschoben, damit seine Kinder nicht darüber stolpern, damit sie, gleichsam auf seinen Schultern stehend, ihm in seiner letzten Stunde ins Ohr flüstern könnten: „Wir sehen das Licht!“ Das Streben, den Kindern ein besseres Los zu bereiten, als man selbst hat, wohnt ja gerade unsern Frauen inne. Dafür bringen sie die größten Opfer.

Und das wird durch die gewerkschaftliche Belebung des Mannes erreicht. Das leuchtet uns ein, wenn wir die Verhältnisse betrachten, unter denen unsere Eltern oder Großeltern gearbeitet haben. Dagegen hat es die Arbeiterschaft unserer Zeit ohne Zweifel besser. Sie haben die Kinder das Licht gegeben, für das die Eltern gekämpft haben. Und sollen unsere Kinder später nicht sagen können, daß sie wiederum auf unsren Schultern stehen und das Licht jehen, nach dem wir uns vielleicht gehobt haben.

So sprechen so viele Gründe dafür, daß die Frau des Gewerkschaftlers den Mann in seinen Bestrebungen fördern muß, wo sie nur kann, ihn aufzumuntern muß, wenn er sich gleichgültig zeigen sollte den Bestrebungen gegenüber, die Lage der Familie zu verbessern, daß sich die Frau an ihrer eigenen Familie freut, wenn sie interessentlos an der Gewerkschaft vorbeigeht oder wegen des Betriebsstreites oder der für die Gewerkschaftsarbeit aufgewandten Zeit den Mann von seinem Verbande abhalten sucht. Hier ist kein Hindernis am Platz, sondern ein verständnisvolles Zurechtkommen. „Mut, Bruder!“

Die Frau des Gewerkschaftlers.

Was für eine Menge Geldes da für die Gewerkschaft ausgibt. Sehr lange den hohen Betriebsaufwand. Darum könnte ich zunächst für die Haushaltung kaufen. Und dann die viele Zeitverschwendug für den Verband. Da könnten du auch etwas Besseres tun — „Ja, aber hört mal liebe Frau, der Verbandsbeitrag ist eine notwendige Zugabe, die ich sowohl und breitweg bezahlt. Da steht doch fest, wie der Verband für die Arbeiter die Lohnverhandlungen führt, wie er für unser Recht eintritt, wie er unsere Lage immer mehr zu verbessern sucht.“ — „Das wäre auch den Verband so. Früher war eine Gewerkschaft notwendig. Aber heute ist sie unnötig überflüssig, da doch alles seinen festgesetzten und geregelten Gang geht. Mit einem Wort, es bleibt dabei, du wirst dein Geld und deine Zeit weg.“ — Und der Mann geht zur Arbeit und denkt: „Sie weiß besser wissen, das ist ja nun klar.“

Die Frau klägt weiterhin der Nachbarin vor Peid, daß ihr Mann immer weg im Verband sei, sobald die Verträge häufiger werden. Da kommt sie über nicht an die richtige Stelle. Was ist als Leidzurichtung anzusehen? Das war bei der einfachsten Nachbarin nicht der Fall. Über solche es dieser vielleicht nicht ergriffen werden kann, als sie fragt: „Mein Mann und meine beiden Söhne sind im Verband, und jede Woche, wenn der Betriebsratsumzug zum Einheitsmarsch kommt, berührt ihn ohne Männer die Beiträge für alle drei. — Das ist eine Lage, die mir und meiner Familie zugute kommt. Wie wäre es ohne Gewerkschaft vielleicht mit uns bezüglich? Von meinen Eltern ist mein Vater, wie das Arbeitler war, der sich die Gewerkschaften vertragen hätte.“ Das war der Nachbarin genügt.

So haben die Frauen unserer Gewerkschaftler eine ganz verschiedene Auffassung von der gesellschaftlichen Bedeutung ihres Mannes. Die einen sehen die Sache als zuviel an und wollen den Mann von der Gewerkschaft abbringen und bilden einen Heimatbund für die Gewerkschaftsarbeit. Die anderen bringen der Nachbarin

einen volles Verständnis entgegen und fördern und unterstützen die Gewerkschaftsarbeit ihres Mannes. Und wieder andere nehmen eine Mittelstellung zwischen diesen ein. Sie stehen der Sache gleichgültig gegenüber, sind nicht hindernd, aber auch nicht fördernd.

Das richtige Verständnis ist demnach nur bei einer Gruppe vorhanden. Und diese Gruppe ist nicht allzu zahlreich! Woher mag das kommen? Die Frau hat noch nicht eingerichtet, daß die Gewerkschaftsarbeit legitimes Einkommen ihr und ihrer Familie zugute kommt. Einwiefern ist denn so? Einwiefern hat der Soz seine Berechtigung: „Die Gewerkschaftsarbeit ist Arbeit für die Familie des Arbeiters.“

Sehen wir den Soz näher an. Worin besteht die Gewerkschaftsarbeit? Die knappe Antwort darauf ist: Sie bezweckt, die wirtschaftliche Lage des Arbeitersstandes zu bessern. Mittel dazu sind: Erhöhung einer günstigen Gestaltung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen durch den Tarifvertrag, einer Gleichberechtigung des Arbeitersstandes mit anderen Ständen. Beeinflussung von Arbeitsertrag und Arbeitsertrag, sozialpolitische Maßnahmen, die im Interesse des Arbeiters liegen.

Zunächst zum Tarifvertrag, der Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Urlaub regelt. Der Lohn ist auszubilden, wie die Familie leben kann, was sie ist, wie sie sich kleidet, wie siewohl mehr für Erhaltung für die gesamtheit der Männer eingesetzt werden kann. Von der Arbeitszeit des Mannes hängt es ab, wie sich der Vater der Familie, den Kindern widmen kann. Die Arbeitsbedingungen wirken ein auf die Gesundheit des Mannes, und somit auf die ganze Familie.

Und gehen wir noch weiter auf die maßgeblichen Bestrebungen der Gewerkschaft ein: dem Arbeiter durch Bauproduktionsgenossenschaften gehende Wohnungen mit einem Stück Garten zu verpachten, durch Konsumgenossenschaften der Arbeiterfamilie preiswerte Waren zu vermitteln, durch Weiterbildung in Freundschaft, Arbeitsfähigkeit, bei Sterbefall und Unglücksfällen der Familie über die äußerste Not hinwegzuhelfen, dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen durch Ausruhen, über Rechtsfragen und, wenn nötig, durch Befreiung des gerichtlichen Prozesses, Vertreter der Ar-

Hat ein Unternehmer von dem Recht der Stellvertretung durch einen Angestellten Gebrauch gemacht, so trifft dies im Summierhandlungssinne die obengenannte Strafe. Allerdings bleibt der Unternehmer mit haftbar, wenn die Summierhandlung mit seinem Wissen geschehen ist, oder er bei der Auswahl seines Stellvertreters nicht die im Verkehr zu beachtende Sorgfalt beobachtet hat; er haftet auf jeden Fall dann, wenn eine Geldstrafe von dem Stellvertreter nicht beizutreiben ist.

In jedem größeren Betrieb, insbesondere i. jeder größeren Fabrik im Sinne des § 538 der Reichsversicherungsordnung, sollen eine oder nach Art und Größe des Betriebes mehrere geeignete, von den Arbeitnehmern aus ihrem Kreise gewählte Vertrauenspersonen verpflichtet werden, sich von dem Vorhandensein und der ordnungsmäßigen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen laufend zu überzeugen, vorgefundene Mängel dem Betriebsleiter zu melden, auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen selbst Vorschläge zur Verbesserung der Schutzvorrichtungen zu machen, auch das Interesse ihrer Arbeitsgenossen für den Unfallzug zu wecken, sowie den mit der Überwachung betrauten staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbeamten bei Betriebsbesichtigungen zu begleiten und durch Auskünfte und entsprechende Mitteilungen in der Erfüllung seiner Aufgabe zu unterstützen.

Zur Kontrolle der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften haben die Berufsgenossenschaften auf Grund des § 275 der Reichsversicherungsordnung technische Aufsichtsämter eingerichtet, die die Betriebe residieren, um etwaige Verstöße der Unternehmer und Arbeitnehmer festzustellen. Diese technischen Aufsichtsbeamten stehen mit ihren ausreichenden Fachkenntnissen den Betrieben jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Insbesondere bei Neuanlagen, größeren baulichen Veränderungen, Anschaffung neuer Maschinen usw., empfiehlt sich eine vorherige Verständigung mit dem zuständigen technischen Aufsichtsbeamten durch Vermittlung der Berufsgenossenschaft. Unter Umständen werden dadurch spätere kostspielige Änderungen erspart, die im Interesse des Arbeiters und Grund der Unfallverhütungsvorschriften verlangt werden müssen.

Durch genaue Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften nutzt sich jeder Unternehmer selbst. Die Gesamtausgaben für die Entschädigung eingetretener Unfälle werden von den einzelnen Betrieben in Form einer Umlage auf die im Laufe eines Jahres gezahlten Löhne erhoben. Sorgt also jeder Unternehmer durch genaue Befolgung der Vorschriften dafür, daß Unfälle möglichst vermieden werden, so kommt dies ihm selbst zugute, weil sein Betrag kleiner wird. Jeder einzelne jämmerliche Unfall belastet die Berufsgenossenschaft unter Umständen mit Kosten von Mark in Form von Rente an den Verunglückten oder dessen Angehörige und Nachkommen, und zwar oft auf viele Jahre hinaus.

Um in Fällen von Verletzungen sofort die nötige erste Hilfe anzubieten, lassen zu können, schreiben die Unfallverhütungsvorschriften den Aushang einer Tafel mit Beschreibung der ersten Hilfe bei Unfällen von Ankunft des Arztes vor. Außerdem sind die zum Verbinden usw. nötigen Materialien im Betriebe — und zwar gegen Staub geschützt und leicht erreichbar — vorrätig zu halten.

Zur Überwachungspflicht der Betriebsunternehmer gehört auch die Unterweisung der Arbeiter über die Gefahren der Arbeiten und der Betriebsanrichtungen.

Diese Unterweisung besteht:

in der mündlichen Bescheinigung,
im Ausdruck der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft.

Die Unfallverhütungsvorschriften gliedern sich in solche für die Unternehmer und solche für die Versicherten (Arbeiter und Angestellte).

Die Unterstellung ist in den meisten Fällen die folgende:
eigentliche Vorschriften und Strafbestimmungen.
Vorschriften für Sonderfallräume,

Accidentauslagen,

Kraftschaften,

Stattliche Anlage,

Wiederholung,

Arbeitsvorschriften,

Sicherungsanlagen,

Fabrikzeuge,

Fahrwerk,

Kreis usw. Bahnen.

Außerdem kommen bei jeder einzelnen Berufsgenossenschaft noch etwaige Sondervorschriften hinzu für bestimmte Betriebsweisen (z. B. Sprengstoffbetriebe usw.).

Das Aushängen der Vorschriften kann selbstverständlich die mündliche Bescheinigung des Arbeiters nicht ersetzen, es muß jedoch als das Mindestmaß dessen verlangt werden, was für die Ausbildung der Arbeiter über die Betriebsgefahren erforderlich ist.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei eintretenden Unfällen, die durch Verhüte gegen die vorhandenen Bestimmungen herbeigeführt werden, von der Berufsgenossenschaft nicht nur den Arbeitern Freiheit gegeben wird, die Vorschriften kennen zu lernen. Die Betriebsunternehmer können sich daher durch die Unterlassung dieser geringfügigen Pflichtnahme die ungemeinsten Weiterungen (Haftbarmachung und Verfahren) zugewandt.

Da die Unfallverhütungsvorschriften infolge der notwendigen Länge der Tafeln nicht immer so saich und stark wirken, wie dies an einzelnen gefährdeten Stellen nötig ist, so sind in den Unfallverhütungsvorschriften für diese Stellen eine Anzahl von besonderen kurzen Warnungs-Hinweisen vorgeschrieben. Diese werden auch teilweise bereits durch andere Gesetze und Verordnungen gefordert und sind von den Berufsgenossenschaften in deren Unfallverhütungsvorschriften nur übernommen worden, z. B. die Anschläge an den Aufzugsanlagen und die Aushänge, betreffend das Rauchen und die Rauchverbrennung in feuergefährlichen Betrieben.

Zur Absicherung sind für den Aushang der Unfallverhütungsvorschriften und sonstigen Aushängen in Viererform ungetrennte Plakate aus Metall zu wählen, die gegen den dauernden Einsatz (Feuchtigkeit, Dampf, Rauch usw.) besser widerstehen als Papieraushänge. S. G. W.

Händelsbilanz und Zahlungsbilanz.

Von diesen beiden Begriffen ist jetzt sehr häufig die Rede, ohne daß man sie meistens überall über ihre wahre Bedeutung näher im Klaren ist.

Was bedeutet „Händelsbilanz“? Sie ist die Differenz zwischen der Einfahrt und der Ausfuhr eines Landes an Gütern aller Art. Ist die Einfahrt größer, so nennt man die Händelsbilanz positiv, ist die Ausfuhr größer, so nennt man sie negativ. Eine ausführliche Spezifikation der Art

der Händelsbilanz steht nun hindernd im Wege, daß man die einzelnen Erzeugnisse ihrer Qualität nach nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann, ohne das Bild zu trüben. Denn eine Tonne Kohlen hat eine ganz andere wirtschaftliche Bedeutung als beispielsweise eine Tonne Seidenstoffe. Man hat daher den Ausweg wählen müssen, daß man den Wert der einzelnen Produkte zugrunde legt und dann feststellt, ob der Wert der Einfahrt größer ist als der Ausfuhr oder umgekehrt. Auch dieses Verfahren umschließt manche Nachteile. So stimmen meist die Ausfuhrzahlen des Exportlandes und die entsprechenden Einfahrtzahlen des Importlandes nicht überein. Der wichtigste Grund hierfür sind die verschiedenenartigen Bewertungsmethoden. Immerhin waren in der Vorkriegszeit die Bewertungsmethoden innerhalb ein- und deselben Landes stabil und auch zwischen den einzelnen Ländern hielten sich die Unterschiede in ziemlich engen Grenzen. Man konnte also bei genügender Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten der Statistik treffende Vergleiche für ein Land in verschiedenen Jahren und für verschiedene Länder in demselben Jahr anstellen.

Heute hat sich die Sachlage sehr geändert, denn es fehlt in vielen Ländern an einem geeigneten Maßstab, da das Papiergebäude nicht verständig ist. Eine Einfahrt oder Ausfuhr von 10 Milliarden Mark zu Beginn eines Jahres kann mehr sein als eine von 50 Milliarden zu Ende des Jahres, sofern inzwischen der Wert des Geldvertrags auf weniger als ein Fünftel gesunken ist. Schließlich beeinflußt die Entwicklung die Preise der Importwaren und der Exportwaren verschieden stark und verschieden stark. Erstere folgen dem gesunkenen Geldwert allmählich, letztere passen sich sofort an. Je nach der Gestaltung der Valuta kann die Händelsbilanz aktiv oder passiv erscheinen, selbst wenn sie nach der Art und Menge der einzelnen Waren gänzlich unverändert ist. Man sieht also, daß man heutzutage die auf den Geldwert bezogenen Zahlen einer Handelsbilanz erst einer genauen Korrektur unterwerfen muß, bevor man Schluß auf die eigentliche Gestaltung des Warenverkehrs zieht.

Da die Handelsbilanz ein Teil des Zahlungsbilanzes ist, gilt das von der erstenen Gefrage auch für letztere. Und auch die weiteren Faktoren der Zahlungsbilanz, d. h. Einkünfte aus verliehenem Kapital, Zahlungen für fremde Wirtschaftsleistungen, wie Schiffstransporte, Einnahmen aus Handelsgeschäften ausländischer Firmen u. a. m. bedürfen einer entsprechenden Prüfung. Vor allem aber muß man sich klar sein, daß selbst bei stabiler Währung die Zahlungsbilanz erfüllt werden kann. Allgemein erstreben ja alle Staaten eine aktive Zahlungsbilanz, denn sie gilt als Zeichen einer Vermehrung des inländischen Wohlstandes. Doch trifft das nicht immer zu. Wenn beispielsweise das Ausland plötzlich gewaltige Anläufe deutscher Grundbesitzes zu Schleuderpreisen vornimmt, so kann die deutsche Zahlungsbilanz in dem betr. Jahr aktiv sein, obwohl gerade in diesem Jahr eine erfreuliche Minderung des deutschen Volksvermögens stattfindet. Völlig kann die Zahlungsbilanz des Landes, das diese Rücksicht in Deutschland vornimmt, in dem betr. Jahr passiv sein, ohne daß eine Verringerung des dortigen Volksvermögens vorliegt. Das Vermögen jenes kaufenden Landes wandert zwar teilweise ins Ausland, geht aber nicht verloren, sondern wird produktiv angelegt.

Allgemeine Rundschau.

Über 65 000 Betriebene!

Bis Mitte Juni 65 782 von Haus und Hof Betriebene, unter diesen 58 845 Ausgewiesene! Betrieben, zum größten Teil aus den Wohnungen gezeigt; wie sie gingen und standen! Sie durften nicht mehr mitnehmen von ihrer Habe als das, was sie auf dem Leibe trugen! Wir lassen die Aufstellung folgen.

Auf die einzelnen Vermögensgruppen und Länder zu fallen:

	Deutsche mit Familienangehörigen		
Reichsverkehrsministerium	7 126	22 566	(vertrieben)
davon	6 879	15 905	(ausgewiesen)
Reichsfinanzministerium	1 695	5 086	"
Reichsstaatsministerium	229	555	"
Preußische Verwaltung	6 803	9 819	"
Bayerische Verwaltung	97	232	"
Badische Verwaltung	46	129	"
Hessische Verwaltung	102	182	"

Hinzu kommen ferner 11 000 Bürversonen, 3500 Haushaltungsverkäufer mit 7500 Familienangehörigen.

Diese Zahlen müssen jedoch als Mindestziffern angesehen werden, denn bei den Beamten sind nur die den Zentralstellen bestätigten Meldungen berücksichtigt worden, und die Angaben über die Bürversonen und bei einem Teil der Angehörigen der Beamten beruhen auf vorläufigen Schätzungen.

65 000 Betriebene! Welche Not, welches Elend steht hinter diesen Zahlen. Und du, der du in Frieden und Freiheit, in Sicherheit und behaglichem Heim lebst, was tuft du in dieser furchtbaren Notlage deines Vaterlandes?

Die Opfer der Eisenoasen!

Nach amtlichen Mitteilungen haben die Besatzungsbehörden im alt- und neubesetzten Gebiet bis zum 16. Juni 124 Eisenbahner zu 223 Jahren, 8 Monaten und 10 Tagen Freiheitsstrafe sowie 148 558 200 M. und 250 Frs. Geldstrafe verurteilt.

Ausgewiesen wurden in derselben Zeit 6879 Eisenbahner und -arbeiter. Von ihren Angehörigen wurden 22 566 aus ihren Wohnungen und 18 905 aus dem besetzten Gebiet vertrieben.

Helft den Vertriebenen und den Kämpfenden, die für euch

darüber! Gelt zum Deutschen Volksoffizier!

Die Zeuerung im Staat Juni.

Die Reichsindesegißer für Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Durchschnitt des Juni auf 7650 (1913/14 = 1) gegenüber 3816 im Mai. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 100,5%. Die Indexziffer ohne Bekleidung beträgt 6979, die Steigerung gegenüber Mai 98,2%. Die Ernährungskosten allein sind um 102,3% auf das 9347-fache, die Bekleidungskosten um 109,6 auf das 11 995-fache der Vorkriegszeit gestiegen. Die jahreszeitlichen Schwankungen infolge der Sprunghaften Preissteigerung sind mit großer Sicherheit überholt. Am 20. Juni war die Gesamtindexziffer auf 9 272 gestiegen und am 27. Juni, der Mittwoch der letzten Juniwoche, auf 11 785.

Streik wegen Abschaffung eines Gewerbezulandes.

In der Berliner Metallindustrie droht ein Streik auszubrechen, weil die Arbeitgeber die Einführung eines verbindlichen Lohnes ablehnen. Das Reichsarbeitsministerium ist bemüht, im letzten Moment noch die Parteien zur Einigung zu bringen. Für den Gesamtstreik kommen 800 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht.

Soziales.

Mutter Behm.

Die Krönung eines Lebenswerks.

Wohl dem, der sein Lebenswerk gefunden hat! Margarete Behm hat es um die Jahrhundertwende gefunden. Sie wurde der Mund für die gedrückteste Wirtschaftsschicht der deutschen Bevölkerung: Für die Heimarbeiterrinnen.

Eine der größten Fabrikarbeiterinnen Berlins ist die Konfektion. Freilich, selbst wenn ein Geschäft 20 000 Arbeiterrinnen beschäftigt, so merkt man es ihm nicht an: kein Fabrikgebäude ist dazu nötig, alles geht durch die Hand der Zwischenmeister. Draußen aber, jenseits im Norden und Osten Berlins, steht in den Hinterhäusern Nähmaschine an Nähmaschine, angekauft damals, als der Preis noch erträglich war. Und die Frauen von Trikotern, die verwitweten und eheverlassenen Frauen, die um ihrer Kinder willen nicht in die Fabrik gehen können, und so manche halbe Kraft, die keine Werkstatt nehmen würde, sitzen über die Maschine gebeugt, und nähen für Geschäfte. Ebenso steht es in Breslau, in Stettin, in Essen, in Stuttgart und in ungezählten deutschen Orten.

Soll man die Heimarbeiterrinnen ausrotten? Das hieße Hunderttausende deutscher Frauen jedes Alters heraus und sie auf öffentliche Fürsorge setzen. Ja, es hieße auch jenen verflauten Sitten des Mittelstandes sich verhindern, aus denen jetzt Unzählige, um Summe zu sammeln, Spiken zu häkeln usw. zur Heimarbeit sich wenden, möglicherweise.

Diese hat Margarete Behm organisiert und hat ihnen im Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen einen Mund gegeben, den Reichstag und Reichstagsgespräche hören. Sie hören auf „Mutter Behm“, die treue Kämpferin im weißen Haar. Denn sie wissen: Wenn einer selbstlos ist im deutschen Reichstag, dann ist sie es! Und es gibt keine Partei, die nicht von ihrer schlichten Persönlichkeit bewegt wäre. Von ihr gilt das Wort, daß die Sanftmütigen das Erdreich besiegen werden!

So ist es gelungen, diese Heimarbeiterrinnen in die deutsche Arbeiterversicherung zu bringen, sie damit gegen Krankheit und Invalidität zu sichern, ist es gelungen, das Tarifrecht zu ihren Gunsten auszubauen. Dieses Tarifvertragsentwurf am 16. 6. 23 im deutschen Reichstag beschlossen, war ein Triumph für Mutter Behm.

Wir sehen nachher im Reichstagsgebäude zusammen: Schön und treu war sie wie immer, auch in dieser großen Stunde ihres Lebens. Wer da meint, Christentum und Politik hätten nichts miteinander zu tun, der schaue Margarete Behm ins Gesicht — er wird anders denken!

D. Reinhard Mumm, M. d. R.

Aus der Textilindustrie.

Die russischen Einkäufe in Baumwolle.

Die Auslandsdelegation des russischen staatlichen Textilsyndikates, der bekannte Spinnerei-Direktor Herr Fedoroff und der Baumwollfachmann Herr Starowitsch unter Führung des Herrn Klemisch, ist kürzlich von einer mehrmonatigen Auslandsreise, auf der größere Baumwolleinkäufe für Russland getätigt worden sind, nach Moskau zurückgekehrt. Im Laufe der letzten Monate sind rund 60 000 Säcke Baumwolle für die russische Textilindustrie von der Auslandsdelegation des russischen staatlichen Textilsyndikats angekauft worden. Es dürfte nunmehr die regelmäßige Abwicklung dieser Einkäufe vorliegen. In den Geschäften haben sich Bremer, Liverpooler, amerikanische und ägyptische Firmen beteiligt. Der weit überwiegende Teil der Einkäufe ist in Bremen gemacht. Durch ihr geschlossenes Auftreten als ein Käufer hat die russische Textilindustrie bei den Kaufmännern des Textilsyndikates einen fühlbaren Druck auf den Baumwollmarkt zu ihren Gunsten ausgeübt. Aber durch ihre sachgemäße Käufe und Wissen haben die Herren der Delegation in Liverpool wie in Bremen in den Kreisen des Baumwollhandels einen sehr guten Eindruck gemacht. Das russische Textilsyndikat scheint auch unter dem neuen wirtschaftlichen System gut geeignet zu sein. Der Führer der Delegation, Herr Klemisch, erklärte nach seiner Rückkehr: Das russische Textilsyndikat habe durch sein einheitliches Auftreten auf dem Welt-Baumwollmarkt als größter Käufer Preise erreichen können, die um einige Prozent unter den Kaufpreisen ausländischer Textilfirmen liegen. Selbst bei Terminkaufen für Juli und August habe das Syndikat keinerlei Unzulänglichkeiten in der oder durch Bankabschreie leidet müssen. Russische Baumwollfirmen halten, soweit es ihre Mittel gestatten, dem Textilsyndikat Kredite eingeräumt. Dagegen sei über Bankkredite für die russischen Baumwolleinkäufe nicht verhandelt worden, sodass die Frage der Finanzierung der weiteren Einkäufe noch nicht gelöst sei. Kredite seien indessen nur dann in Anspruch genommen worden, wenn sie den Kaufmännern nicht über die Höhe der normalen Diskontspesen hinaus steigerten. Der größere Teil der Einkäufe sei in Bremen getätigt worden. In Liverpool wurden u. a. kleinere Mengen ägyptischer Baumwolle angekauft und Beziehungen mit den Hauptfirmen angeknüpft. Neuordnung wird beabsichtigt, die ursprünglich für die gesamte Textilindustrie gesetzte Betriebsentstehung für die drei Sommermonate nur teilweise durchzuführen, indem einzelne leistungsfähigere Betriebe mit der im Staat eingesetzten Baumwolle beliefert und ihnen die erforderlichen Kredite zum Durchhalten bis zum Herbst gewährt werden sollen.

Die Lage der deutschen Textilindustrie.

Die Abschaffung des westdeutschen Wirtschaftsgebietes, das wichtigste Produktionsgebiet der Textilindustrie enthält und andererseits, besonders in der Bevölkerung des dünnbesiedelten rheinisch-west

falls fast unmöglich geworden. Nur im unbesetzten Gebiet ist die Betriebsführung infolge der unausgesetzten, innerhalb kurzer Zeit aufs heftigste eintretenden Geldwertveränderungen, der fortwährend, von Woche zu Woche steigenden Löhne, Rohstoffpreise und sonstigen Betriebskosten ungemein erschwert. Und obwohl sich die Industrie durch Einführung der wertbeständigen Kalkulations- und Fakturierungsarten nach Möglichkeit von diesen ständigen Wertverschiebungen freizumachen gesucht hat, ist dies doch in vollem Umfang unmöglich, da trotz allerdem noch genug unsichere Faktoren, die sich nicht immer vorausberechnen lassen, vorhanden sind. Kleinere Betriebe, die das mit jedem Rohstoffeinkauf verbundene Risiko scheuen, arbeiten daher am liebsten in Lohn, wie überhaupt die Lohnarbeit für in- und ausländische Rechnung in vielen Zweigen der Textil- und Bekleidungsindustrie an Ausdehnung zugenommen hat. Die schwankende Grundlage, auf der das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ruht, die Unsicherheit über die Gestaltung der allernächsten Zukunft, eine Entwicklung, deren deutliches Abbild die Devisenkurve bildet, hat die Lage der Textilwirtschaft im abgelaufenen ersten Halbjahr aufs nachhaltige beeinflusst und lässt den Ausblick in die Zukunft als wenig erfreulich erscheinen.

S. u. H. S.

Aus unserer Bewegung.

Die Not der Zeit

lässt häufig auch auf der Tagespresse. Veren Schwierigkeiten ausnahmend sucht das Großkapital die Presse mehr und mehr in seinen Machtbereich zu ziehen und seinen Interessen dienstbar zu machen. Das

macht doppelt nötig,

dass die christlich-nationalen Arbeiterbewegung sich ihre Tageszeitung zu erhalten sucht. Eine offene, freimütige Vertretung unserer wirtschaftlichen sowie unserer inner- und außenpolitischen Interessen ist nur durch

die unabhängige Tageszeitung

möglich. Sie durchzuhalten in diesen schweren Tagen setzt allerdings Idealismus und Opferwilligkeit, die nötige Einigkeit in den Ernst der Lage voraus. Zeigen wir durch den Bezug unserer Tageszeitung

Der Deutsche

dass wir uns der auf uns lastenden Verantwortung bewusst und gewillt sind, mit Ausgebst der letzten Kraft unserem Stand, unserem Volk und Vaterland zu dienen. Der Bezugspreis ist für August auf 27000 M. festgelegt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Grüberg. In der Weinstraße des Otters - ihr Ruf ist wegen des jungen Beines und der zu Demonstrationen neigenden radikalen Arbeiterschaft nicht der beste - ist es am 1. Juli gelungen, mit 45 Kolleginnen und Kollegen eine Ortsgruppe zu gründen. Langer Arbeit bedurfte es, die auf dem Boden christlich-nationaler Grundsätze stehenden Kollegen davon zu überzeugen, dass man einen anfänglich unbedeutenden Druck der gewerkschaftlichen Gegner nur durch entschlossenes Verzets einer Weltanschauung künftig machen kann. Collage 2423 Corau hielt einen 1/2 stündigen Vortrag, in dem er auf das Weltwirtschaftsprogramm und die Ziele unserer Gemeinschaft einging. Er erkannte damit reichen Kontakt und die Bereitschaft, auf die zukünftigen alles zu wollen. Falschorganisierten den Weg zu uns zu weisen. Die Vorstandsmahl ergab einstimmig das unter „Änderungen“ verzeichnete Ergebnis.

Das Württemberg. Demagogische Raubgriffe. In Nr. 23 vom 8. Juni verfügt das Verbandsorgan des Deutschen Textilarbeiterverbandes unter dem Schlagwort „Christliches Agitationsonder“ die von uns charakterisierte Vertretung der Arbeiterinteressen ihres Geschäftsführers in Württemberg zu verschleiern. Sicherlich hat der Artikelsteller, der die Dinge nur von der Seite sieht, sich nicht der Wahrheit unterzogen, die Auktion gründlich durchzusehen, anderfalls hätte er zu dem Ergebnis kommen müssen, dass etwas falsch ist.

Januar muss festgestellt werden, dass die Textilarbeiter damals überhaupt nicht in ihrer Mehrheit im christlichen Verband, sondern unorganisiert waren. Von diesen hat auch der Deutsche Textilarbeiterverband seine Mitglieder geholt.

Heute wiederum ist auch der Soz. „Gott sei Erbarmung unseres (des D. T. B.)“ wurden die Löhne den Verhältnissen angepasst.“ Wirklich! Wir wollen die Vorgänge an Hand der Daten untersuchen. Am 3. November 1919 ist für die württembergische Textilindustrie ein neuer Landestarif abgeschlossen worden. Um von den miserablen Löhnen der Ravensburger Textilindustrie zu den kürzlich geregelten Löhnen der übrigen Industrie zu kommen, musste eine Übergangszeit geöffnet werden. Darauf wurde vertraglich vereinbart, dass die Löhne von Februar bis III des Landestarifs zu ziehen sind. Zu dieser Vereinbarung war der Deutsche Textilarbeiterverband noch nicht beteiligt. Der Unterschied zwischen Ravensburger Fällen und dem Landestarif betrug damals 5,2 %. Nun trat der Deutsche Textilarbeiterverband auf den Plan, und zum diesem Zeitpunkt an begann wieder eine Verhandlungsratung der Fälsche in der Ravensburger Textilindustrie gegenüber dem Landestarif. Mit Wirkung vom 2. 1. 1920 kam im Landestarif die Erhöhung der Fällen für männliche Arbeiter um 50 % und für Arbeiterinnen um 50 % im Spiegelalpa. Dieses Ergebnis ist von beiden Verbänden des Freiburgischen als Zustimmung anerkannt worden. Insofern darf man beide

Verbände als geschlossene Arbeitnehmergruppe auffassen und gemeinsam mit den Arbeitgebern verhandeln, beginnt ein Leitelinienknot zwischen dem Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes und den Arbeitnehmern mit dem Ergebnis, dass die letzteren an den offiziellen Verband die schriftliche Mitteilung ergehen lassen, es sei in der Zwischenzeit durch Verhandlungen mit den freien Gewerkschaften erzielt worden, dass ein Leiterungszufluss von 50 % für männliche und 33 % für weibliche Arbeiter gezahlt werde. Durch diese Vereinbarung erhält die Arbeiter 10 % und die Arbeitnehmer 17 % weniger als in der übrigen Industrie, und der Unterschied zwischen den Ravensburger Löhnen und dem Landestarif liegt von 5,2 auf 11 %. Diese Verschlechterung ist erreicht worden von wegen der „Erstarkung“ des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Im Juli 1920 sowie im März 1921 beschäftigte sich der Schlüchtungsausschuss mit der Lohnfrage. Beide Verbände waren an der Bewegung beteiligt, sie mussten aber die Klage wieder zurückziehen, weil in der Zwischenzeit die Betriebsräte andere Abmachungen getroffen hatten. Im November 1921 und in weiteren Zwischenstufen fanden die Verhandlungen mit beiden Verbänden statt, und das Ergebnis richtete sich immer nach den Abschlüssen in der übrigen Textilindustrie.

Das Abkommen vom 6. November 1922, wonach die Löhne der Textilindustrie mit 5 % übernommen worden waren, ist von beiden Verbänden gemeinsam zwecks Erteilung der Löhne des Landestarifs gekündigt worden.

Recht interessant ist die Behauptung, dass die Arbeitnehmer aus Angst, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, die Vollmacht zur Einklagung der Löhne nicht gegeben haben. Ein solcher Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des württembergischen Lohnabkommen ist am 3. Februar gestellt worden. Trotzdem schlägt der Geschäftsführer des D. T. B. eine neue Lohnvereinbarung mit dem Verband der Leichtindustriellen, in welcher beispielweise in der Woche vom 19. 2. bis 24. 2. die Arbeiter in Ravensburg anstatt M. 1055, wie sie im Landestarif vorgesehen waren, nur M. 555 und die Arbeitnehmer statt M. 785 nur M. 402 erhalten. Das bedeutete eine kolossale Schädigung der Arbeiterschaft, und wenn dann der Vertreter des D. T. B. selbst noch sagt, dass die Industrie höhere Löhne nicht tragen könnte, dann wird er der Arbeiterschaft doch nicht vorwerken können, dass man die Löhne des Landestarifs einklagen wollte, und dass die Arbeitnehmer daran schuldig seien, dass dies nicht gehehen konnte.

Die vom geschäftsführenden Vorstand beschlossene Maßnahme ist in Anbetracht der Zeitumstände eine zwingende Notwendigkeit. Sofort nach Rückkehr geordneter Verhältnisse wird das Verbandsorgan wieder regelmäßig allmählich erscheinen.

Aufgabe aller Vorstände und Vertrauenspersonen unseres Verbandes muss es nun sein, die Mitglieder entsprechend aufzuklären und dafür zu sorgen, dass auch in jenen Wochen wo kein Verbandsorgan erscheint, die Beiträge regelmäßig einzahlt werden.

Sterbefasel.

Name	Ort	Alter
Tewoht Johann	Rheine	54 Jahre
Kremer Gottfried	Schlesien	42 "
Vachhausen Johann	Bonn-Beuel	66 "
Wimmer Andreas	Lachen	50 "
Hols Katharina	Schlesien	60 "
Bäumer Friedrich	Meyden	69 "
Bräde Wilhelm	"	55 "
Rüssert Anna	Düsseldorf-Wülfrath	20 "
Königs Heinrich	Gütersloh	67 "
Santel Heinrich	Stadtlohn	34 "
Maier Karl Friedrich	Säckingen	61 "
Lümler Witwe	Düllen	49 "
Hegatz Katharina	Wedburg	18 "
Schirmer Genovefa	Arlen	66 "
Löffler Johann	Ölberach	51 "
Kohler Albert	Gronau	69 "
Schmidt Heinrich	Grefrath	19 "
Hölter Theodor	Emsdetten	74 "
Mengers Hermann	Augsburg	63 "
Klein Luise	Düren	81 "
Scheurer Albert	"	67 "
Bucher Anna	Düren	58 "
Weizer Johann	Berlautenthal	17 "
Körner Leonhard	Zorn	67 "
Kanzo Heinrich	Witten	23 "
Düs Josef	"	62 "
Mittl Hermann	Gütersloh	24 "
Höhseler Paul	Gütersloh	17 "
Zangenbach Elisabeth	Gütersloh	28 "
Quidde Paula	Weisenburg	24 "
Dinkelmeier Christian	Neuenkirchen	55 "
Ansmann Bernhard	Düren-Wülfrath	30 "
Wöding Karl	Wettingen	66 "
Werning Johann	Wettingen	54 "
Wilmers Maria	Gießen	31 "
Fleige Bernhard	Hausen	4 "
Müller Josef	Hausen	54 "
Wölfelshuber Josef	Unter-Eichbach	26 "
Scheriger Gottlieb	Gütersloh	66 "
Bulcher Johanna	Bieren	67 "
Steinbäck Barbara	Dötterenhausen	49 "
Steinatz Johann	Wüsten	80 "
Häfnermeier Christian	Wüsten	66 "
Lehning Gerhard	Wüsten	22 "
van Rüttin Bernhard	"	73 "
Wethoff Gerhard	"	51 "
Niemann Adele	"	17 "
Mössig Elsie	"	17 "
Puff Pauline	Reinhardt	44 "
Adams Karl	Odenkirchen	29 "
Speer Katharina	Reinhardt	20 "
Bosmanns Jakob	Hardenberg	43 "
Leibenfeld Bernhard	Wörrstadt	48 "
Deger Clara	Öffingen	20 "
Haas Berta	Öffingen	47 "
Kleinwächter Adolf	Schömberg	19 "
Höfler Otilie	Augsburg	40 "
Hofmann Maria	Gütersloh	42 "
Fellermann Friedrich	Gütersloh	73 "
Müller Johanna	Gütersloh	18 "
Rudin Margarethe	Gütersloh	59 "
Bogt Franz	Schmallenberg	31 "
Goebels Frau	Grefeld	56 "

Ruhet in Frieden!

Veranstaltungskalender.

Ranken Sonntag, 12. August, im „Bellevue“ Sommerfest des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Alle Mitglieder sind mit ihren Familien herzlich eingeladen.

Besondere Bekanntmachungen.

Unser Verbandsorgan

unsere Fortschreitung mit nicht alle zwei Wochen herausgegeben werden. Folgende Gründe kommen für diese Änderung hauptsächlich in Betracht:

1. Die postlichen Schwierigkeiten infolge der Verkehrsbehinderungen der Besatzungstruppen.
2. die wiederum um mehrere 100 Prozent gestiegenen Preise für Zeitungspapier (siehe Erhöhung Union Juli vom 2550 auf 7400 M. für ein Kilogramm Zeitungspapier).
3. Die Erhöhung der Postabgabesteuern, welche ebenfalls auf.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Für eine zielbewusste und praktische Gewerkschaftsarbeit! — Von „Barabbas auf Erdem“. — Bekommen wir nun den wertbeständigen Lohn? — Die Unfallverhütungsvorschriften. — Handelsbilanz und Zahlungsbilanz. — Gesetztes: Die Frau des Gewerkschaftlers. — Eigentümliche Haushalte: lieber 65000 Betriebe! — Die Opfer der Eisenbahner! — Die Leistung im Monat Juli. — Sozialist: Wirt und Wirtin. Die Erhöhung eines Lebenswerts. — Was der Textilarbeiter: Die russischen Einläufe in Rohbaumwolle. — Die Lage der deutschen Textilindustrie. — Was unserer Freunde: Die Not der Zeit. — Berichte auf den Ortsgruppen: Grüng. — Die Gewerkschaften. — Die Gewerkschaftsberatungen. — Gedenktag. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lennéstr. 32.

Eine unabmeishbare Pflicht aller Mitglieder
unserer Verbände in allen Kreisgegenden anzunehmen zu erwarten. Gewissheit eines jeden Mitgliedes ist darum: Ein Stundenlohn als 25-Markbetrag.